Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unt. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 364. Mittwoch den 30. December 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die Errichtung eines II. Nachtrags zur Sparcassenordnung der Stadt Leipzig vom 24. Juni 1877 betreffend.

Zu der unter dem 24. Juni 1877 revidirten Sparcassenordnung ist bezüglich der Haftung der Stadtgemeinde für die den Filialstellen übergebenen Sparcassenbücher im Einvernehmen mit den Herren Stadtverordneten ein weiterer Nachtrag errichtet worden.

Nachdem dieser Nachtrag auch die Bestätigung des Königl. Ministerii des Innern gefunden hat, bringen wir denselben nachstehend seinem Wortlaute nach zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 19. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Zweiter Nachtrag
zur Sparcassenordnung der Stadt Leipzig vom 24. Juni 1877.

Um die Feuersicherheit der Filialstellen der Sparcasse der Stadt Leipzig, bei denen nach §. 3 Abs. 2 der Sparcassenordnung vom 24. Juni 1877 Einzahlungen und Kündigungen für die Sparcasse entgegengenommen werden und die gemachten Einlagen schon nach §. 1 der Sparcassenordnung als von der Stadtgemeinde Leipzig garantirt anzusehen sind, auch hinsichtlich der bei denselben zum Zwecke des Empfangs neuer oder der Kündigung fälliger Einlagen übergebenen **Sparbücher** außer Zweifel zu stellen, wird hiermit Folgendes bestimmt:

Für alle Verluste oder Schädigungen an solchen Sparbüchern, welche aus Anlaß der Bewerkung von Einzahlungen oder Kündigungen den Filialstellen der Sparcasse der Stadt Leipzig übergeben werden, übernimmt die Stadtgemeinde die Haftung bis zum Ablauf des 21. Tages nach der erfolgten Uebergabe dergestalt, daß **erst**, wenn das Buch nicht unter Production der Interimsquittung binnen 21 Tagen bei dem Filialinhaber zurückverlangt wird, diese Haftung der Stadtgemeinde sich erledigt. Fällt der 21. Tag nach der erfolgten Uebergabe auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so erstreckt sich die Haftung der Stadtgemeinde bis zum nächsten Werktag.

Der Filialinhaber oder sonstige mit dem Buche befaßte Sparcassenbedienstete bleiben auch über diese Frist hinaus für Verluste und Schädigungen an solchen Büchern haftbar, soweit sie überhaupt den Rechten nach für dergleichen Schaden zu haften haben.

Auch behält die Stadtgemeinde Regreß in allen Fällen, wo sie dergleichen Schadenersatz leistet, die ihr an Filialinhaber oder Beamte zustehende Regreßnahme.

Hierüber ist gegenwärtiger

zweiter Nachtrag

zur Sparcassenordnung vom 24. Juni 1877 durch Rath und Stadtverordnete der Stadt Leipzig errichtet worden und wird dem Königlichen Ministerium des Innern zu Dresden zur Bestätigung eingereicht werden.

Leipzig, den 4. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. L. S. Oberbürgermeister.
Die Stadtverordneten. Dr. Schill. L. S. Vorsteher.

Das Ministerium des Innern hat den zweiten Nachtrag zu der Sparcassen-Ordnung der Stadt Leipzig vom 24. Juni 1877 bestätigt und hierüber diese

Urkunde

ausgefertigt.

Dresden, den 12. November 1885.

Ministerium des Innern.
L. S. von Nostitz-Wallwitz. Gerstdorf.

Bekanntmachung.

Für das Unterlassen der Zusendung von Neujahrskarten zahlten ferner an das Armenamt:

Herr Capellmeister Hans Sitt	6 ℳ
„ Architekt Moritz Münch, in Firma Carl Schreiber	6 „
Frau Frege-Sellier	6 „
Herr Wilhelm Dodel	6 „
„ Robert Leue	6 „
„ Carl Schilling, in Firma Leue & Weise	6 „
„ Julius Loewe	6 „
„ Franz Eduard Steinbach	6 „
„ Carl Strube	6 „
„ Alexander Edelmann	6 „
„ Justizrath Stegemann, Rechtsanwalt am Reichsgericht	6 „
„ Rechtsanwalt Karl Scherr	6 „
„ Consul Beckmann	6 „
„ Theodor Wagner	6 „
„ Spediteur Moritz Mersfeld	6 „

worüber wir hiermit dankend quittiren.

Leipzig, den 29. December 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Jungklaus.

Nichtamtlicher Theil.

Die Präsidentenwahl in Versailles.

In Versailles ist am Montag eine hochwichtige Entscheidung getroffen worden. Präsident Grevy bleibt das Oberhaupt der französischen Republik, und zwar haben sich von 589 versammelten Vertretern des französischen Volkes 457 für ihn erklärt, 92 republikanische Abgeordnete gaben ihre Stimmen Brisson, Freycinet und Delaforge, die Rechte enthielt sich der Abstimmung. Eine volle Stunde verging, bevor es dem Senatspräsidenten Lerouer, welcher den Vorsitz im Congresse führte, gelang, die Wahl vornehmen zu lassen; die Monarchisten waren in der Minorität und beschränkten sich deshalb darauf, ihrer Unzufriedenheit durch lärmende Kundgebungen Luft zu verschaffen. Rufe wie: „Das ist eine Versammlung von Usurpatoren," „ein Jahrmarkt" und der Protest gegen die Gesetzlichkeit des Congresses wegen Nichtvertretung von vier Departements konnten zwar die Wahl Grevy's nicht hindern, aber sie sollten wenigstens zeigen, daß ein großer Theil des französischen Volkes von der Republik nichts wissen will.

Frankreich ist das Land der Ueberraschungen, und wenn dort irgend ein wichtiges Ereigniß sich der Erwartung gemäß vollzieht, so ist das die Ausnahme. Die Abstimmungen, welchen die französischen Ministerien der letzten 15 Jahre unterlagen, konnten niemals mit irgend welcher Sicherheit vorausgesehen werden, wir erinnern nur an den Sturz des Ministeriums Freycinet im Jahre 1882, an den Duclerc's und Ferry's. Erfolge und Mißerfolge, augenblickliche Stimmungen sind es, welche in Frankreich Entscheidungen herbeiführen, oder geheime Veranstaltungen. Das Kaiserreich stürzte, weil es besiegt wurde; Thiers wurde das Opfer einer monarchistischen Verschwörung, welche Mac Mahon auf den Präsidentenstuhl führte; Ferry mußte gehen, weil Oberstlieutenant Herbinger bei Langson den Rückzug antrat; Gambetta, weil er die Listenwahl einführen wollte; und wenn Brisson jetzt zurücktritt, so geschieht es, weil er am 24. December nicht die Mehrheit für die Bewilligung des Tonkincredits erzielte, welche er gehofft hatte. Aber die Abstimmung vom 24. December bestätigt nur aufs Neue die Thatsache der Unberechenbarkeit aller wichtigen Entscheidungen in Frankreich. Nur weil Brisson hartnäckig auf der Abstimmung über den Credit vor der Einberufung des Congresses zur Präsidentenwahl bestand, besiegte er den Widerstand der Mehrheit der Kammer gegen die Fortsetzung des Unternehmens und brachte es dahin, daß die Präsidentenwahl von der Bewilligung des Credites abhängig gemacht wurde. Ein Theil der 273, welche am 24. December gegen ihre Ueberzeugung für den Tonkincredit stimmten, gaben ihre Stimme nicht dem Credit, sondern der Republik, das ist die Bedeutung der Abstimmung vom 24. December.

Was geschehen wäre, wenn der Tonkincredit abgelehnt worden wäre, entzieht sich jeder Berechnung, aber es ist klar, daß dann die von Brisson angeblich so eifrig gehütete Einigkeit der Republikaner vollständig in die Brüche gegangen wäre. Brisson wollte offenbar die Probe machen, ob er es wagen könne, schon jetzt als Candidat für die Präsidentschaft der Republik aufzutreten. Die Probe mißlückte, und deshalb lehnte er die Candidatur für die Nachfolge Grevy's ab. Die 273 Stimmen, welche Brisson für die Bewilligung des Tonkincredits zusammengebracht hatte, reichten nicht hin, um ihm den Präsidentenstuhl zu sichern, deshalb zog er sich auf die Einigkeitsphrase zurück. In welchem Zusammenhang die 273 mit der Anwartschaft Brisson's auf den Präsidentenstuhl standen, geht aus der vom „Journal des Debats" unterstützten Stimmung gegen die Wiederwahl Grevy's aus politischen Gründen hervor. Aber die 273 waren nicht die compacte Masse, für welche sie Brisson und seine Anhänger hielten, und deshalb winkte der Führer im entscheidenden Augenblicke ab. Die Mehrzahl folgte diesem Winke, aber 68 hielten an der Candidatur Brisson fest, sie sind die lebendigen Zeugen des Planes, welchen Brisson bis zum letzten Moment verfolgte.

Der „Temps" meldet, daß Brisson bis jetzt die Neubildung des Ministeriums ablehne. Dieses „bis" ist bezeichnend, es erinnert an die Zeit nach dem Sturze Ferry's, als Brisson auch mehrere Tage zögerte, bevor er sich zur Uebernahme des Ministeriums verstand. Die Stimmung ist gegenwärtig Freycinet günstig, weil er die Form fand, um die Bewilligung des Credits für Tonkin den Schwankenden mundrecht zu machen. Solche Stimmungen geben aber bekanntlich bei den Franzosen schnell vorüber, und das läßt Brisson nicht außer Acht. Er wird an der Spitze des Ministeriums bleiben, wenn er davon überzeugt ist, daß er sich für die Dauer halten kann; erachtet er es aber für zweckmäßiger, ein kurzes Zwischenregiment zuzulassen, um als unentbehrlicher Ersatzmann in Bereitschaft zu bleiben, dann wird er für diese Spanne Zeit zurücktreten. Abgenutzt ist Brisson noch nicht, sonst würde er es nicht dahin gebracht haben, daß die Mehrheit ihm den Tonkincredit bewilligte. Im Grunde genommen ist die Kammer heute froh, daß sie den Credit nicht abgelehnt hat; denn das ist unzweifelhaft, daß Frankreichs Ansehen im Auslande dadurch eine Einbuße erlitten hätte, und das ist es, was die Franzosen aller Parteien am meisten fürchten.

Die Wahl des 28. December ist die Antwort der Republikaner auf die Deputirtenwahl des 4. October, durch welche die Monarchisten ein für die Republikaner sehr unangenehmes Lebenszeichen gaben. Schon am 18. October war die Scharte des 4. Octobers großentheils wieder ausgewetzt, aber die Tonkinunternehmung hatte doch einen so tiefen Riß in das Fundament der Republik gemacht, daß die Republikaner dem 28. December nicht ohne Bangen entgegensahen. Die Wiederwahl Grevy's war offenbar das Beste und Zweckmäßigste, was die Republikaner thun konnten, um die Republik zu erhalten; dadurch wurden alle Spaltungen und persönlichen Eifersüchteleien vermieden und die Einigkeit wenigstens äußerlich hergestellt. Grevy kommt persönlich kaum in Betracht, er ist lediglich das äußere Zeichen, an welchem sich die Anhänger der Republik erkennen. Die größte Macht vereinigt Brisson in seiner Person seit dem Sturze Ferry's. Wie gering die Macht und der Einfluß Grevy's sind, wurde klar, als er sich bei König Alfons wegen der diesem widerfahrenen Beschimpfung entschuldigte. Die Entschuldigung bestand darin, daß er sich außer Stande erklärte, derartige Beschimpfungen zu verhindern. Vor einer so beschämenden Aeußerung schreckte Grevy nicht zurück. Aber die Franzosen bedürfen eines solchen Schattenpräsidenten; ein Präsident, welcher etwas Anderes sein wollte als der Beamte, welcher den Willen der Nation vollzieht, der etwa selbst irgend eine eigene Meinung haben wollte, würde sich nicht halten können, wie wir es bei Thiers gesehen haben. Obwohl 20fach gewählt bei der constituirenden Nationalversammlung, mußte er schon 2 Jahre später Mac Mahon weichen, während der in steter Passivität verharrende Grevy bereits zum zweiten Male mit der Präsidentenwürde bekleidet ist. Grevy ist der Präsident nach dem Wunsche der Republikaner, er leistet niemals Widerstand, wenn ein Ministerium gestürzt wird, er empfängt die Botschafter und Gesandten, sowie die Souveraine und bestätigt das, was eine Clique vorbereitet oder das Parlament beschlossen hat, durch seine Namensunterschrift. Eine Zeit lang schien es, als ob er Intriguen begünstige, welche sein Schwiegersohn angezettelt; aber auch davon ist es wieder still geworden, er muß doch also wohl auch in dieser Beziehung sich den Wünschen der Nation gefügt haben. Für das Ausland bietet die Wiederwahl Grevy's eine gewisse Bürgschaft für das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes in Frankreich, wir können nicht sagen für die Erhaltung des Friedens, denn dieser hängt von Grevy so wenig ab wie der Krieg. Wenn Ministerium und Parlament den Frieden wollen, dann ist auch Grevy damit einverstanden, sonst folgt er der Mehrheit und den Mächtigen.

* * *

* **Grevy ist also zum Präsidenten der französischen Republik auf 7 Jahre wiedergewählt.** Es liegen darüber die folgenden (bereits gestern in unserer Stadtausgabe mitgetheilten) **Telegramme** vor:

* Versailles, 28. December. **Nationalversammlung.** (Congreß.) Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Der Präsident Lerouer verliest das Decret über Einberufung der Nationalversammlung. Der Bonapartist Cuneo d'Ornano ruft: „Es ist eine Versammlung von Usurpatoren". (Große Unruhe.) Der Deputirte des Departements Tarn et Garonne, Trubert, dessen Wahl für ungiltig erklärt worden war, der aber wiedergewählt worden ist, tritt in den Saal und wird von der Rechten laut und lebhaft begrüßt. Die Linke antwortet darauf mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!" (Anhaltender Lärm.) Kerdrel von der Rechten verlangt das Wort, um die Vertagung der Nationalversammlung zu beantragen, damit für den Eintritt derjenigen Deputirten, deren Wahl für ungiltig erklärt worden ist, Vorsorge getroffen werden könne. (Zustimmende Rufe der Rechten, Proteste der Linken.) Tassegnac ruft: „Der Congreß ist illegal, in demselben sind 4 Departements nicht vertreten." Kerdrel will die Tribüne besteigen, wird aber durch die Huissiers daran verhindert. (Lebhafte Proteste der Rechten.) Lerouer erklärt, er sei der Vertreter des Gesetzes, Kerdrel könne das Wort nicht gestattet werden, denn die Nationalversammlung sei augenblicklich ein einfaches Wahlcollegium. Ein Mitglied der Rechten verlangt die Anwendung der Geschäftsordnung. Lerouer erklärt, es gebe keine Geschäftsordnung, andernfalls würde er dieselbe schon angewendet haben. (Andauernder Lärm.) Tassegnac ruft: „Dann ist dies ein Jahrmarkt". Michelin (Intransigent) verlangt das Wort, um die Wahl einer constituirenden Versammlung vorzuschlagen. Lerouer verweigert dasselbe unter Tumult und Protesten der Rechten. Lerouer droht die Vertagung der Sitzung an, darauf wird endlich um 2 Uhr mit der Abstimmung begonnen. Die Mitglieder der Rechten antworten nicht auf den Namensaufruf.

* Versailles, 28. December. **Nationalversammlung.** (Ausführlichere Meldung.) Bei der Präsidentenwahl wurden im Ganzen 589 Stimmen abgegeben, davon erhielt, wie bereits gemeldet, Grevy 457 Stimmen. Brisson erhielt 66, Freycinet 14 und Delaforge 10 Stimmen, dieselben hatten nämlich die Candidatur abgelehnt, 10 Stimmen zersplitterten sich, 27 Stimmzettel waren ungiltig. Der Präsident der Versammlung, Lerouer, proclamirte hierauf die Wiederwahl Grevy's als Präsidenten der Republik. (Beifall auf der Linken und im Centrum.) Nach Annahme des Protokolls, welches noch einige Bemerkungen hervorrief, wurde die Sitzung unter dem Beifall der Linken und des Centrums und unter Protesten der Rechten aufgehoben.

* Paris, 28. December. Der „Temps" will wissen, daß Brisson sich bisher geweigert, die Reconstituirung des Cabinets zu übernehmen. Wenn er auf seiner Weigerung beharrt, gilt ein Cabinet Freycinet als wahrscheinlich.

Ueber die **Functionen des Präsidenten** dürften folgende Angaben von Interesse sein: Der Präsident der Republik wird erwählt mit absoluter Mehrheit der Stimmen des Senats und der Deputirtenkammer, zur Nationalversammlung vereinigt. Er wird auf 7 Jahre ernannt. Er kann wiedergewählt werden. Es steht ihm, gleichwie auch den Mitgliedern beider Kammern, die Gesetzesinitiative zu. Er verkündigt die Gesetze und überwacht und sichert deren Ausführung. Es steht ihm das Begnadigungsrecht zu. Amnestien können nur auf dem Wege des Gesetzes erlassen werden. Der Präsident verfügt über die bewaffnete Macht. Er ernennt zu allen Civil- und Militairstellen. Er kann mit Uebereinstimmung des Senats die Deputirtenkammer vor der gesetzmäßigen Endschaft ihres Mandats auflösen. Die Minister sind den Kammern solidarisch verantwortlich für die allgemeine Politik der Regierung. Der Präsident der Republik ist nur im Falle des Hochverraths verantwortlich.

Leipzig, 30. December 1885.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" tritt an leitender Stelle der ultramontanen Presse entgegen. Das gouvernementale Blatt schreibt:

Der „Westfälische Merkur" rühmt bei Besprechung des Ablebens der Karolinenfrage die „objective, vorurtheilsfreie Auffassung des Fürsten Bismarck in dieser Angelegenheit", knüpft daran aber den Ausdruck des Staunens, „warum der Reichskanzler, der den Spruch des Papstes angerufen, aus einer verhältnißmäßig leichtwiegenden unwürdige Verstimmung beigelegen, noch immer zögere, den religiösen Frieden im Innern herzustellen."

Wir möchten an den „Westfälischen Merkur" die Frage richten, wen er wohl mit dieser naiven Aeußerung zu täuschen hofft. Intra et extra muros ist man mit der Lage der Dinge doch zu genau bekannt, als daß man der Anklage, die in jener Bemerkung des „Merkurs" enthalten ist, auch nur den geringsten Glauben schenken wird. Die Friction, die zwischen Deutschland und Spanien vorhanden war, ließ sich leicht beseitigen, weil beide Mächte von dem Wunsch beseelt waren, ihr altes freundschaftliches Verhältniß wieder herzustellen. Es würde unseres Erachtens auch ein Leichtes sein, mit Rom zu einer vollständigen Ausgleichung der etwa noch vorhandenen Differenzpuncte zu gelangen, da man im Vatican die versöhnliche Gesinnung, welche in Berlin vorhanden ist, theilt. Aber seit Jahren drängt sich zwischen den Vatican und Berlin ein Friedensstörer, der es bisher verstanden hat, jeden Annäherungsversuch zu vereiteln. Unsere parlamentarische Geschichte der letzten Jahre bietet dafür zahllose Beweise. Wir erinnern nur an die Rede, die der Centrumsführer vor zwei Jahren im preußischen Landtag hielt, als das bekannte Schreiben des Papstes und eine Note des Cardinal-Staatssecretairs veröffentlicht wurde. Während diese Schriftstücke in der katholischen Welt eine sympathische Aufnahme fanden, erblickten sie Herrn Windthorst als eine Bedrohung seiner Politik, und er hatte nichts Eiligeres zu thun, als einen ganz unmotivirten heftigen Ausfall auf den preußischen Cultusminister zu machen und urbi et orbi zu verkünden, daß, wenn der Culturkampf aufhören sollte, der „Kampf um die Schule ganz bestimmt wieder und energischer entbrennen würde". Herr Windthorst wünscht den Frieden so wenig, daß er nur darauf bedacht ist, neue Conflictspuncte zu finden, für den Fall, daß die vorhandenen beseitigt werden.

Der „Westfälische Merkur" kennt ja unzweifelhaft die Ziele und die Taktik des Centrumsführers sehr viel besser als wir; ihm steht gewiß noch ein bedeutend reicheres Beweismaterial dafür zu Gebote, daß Herr Windthorst den Culturkampf um jeden Preis will, weil er ohne denselben nicht leben kann. Unsere Absicht ist nur, den „Westfälischen Merkur" über den Irrthum zu belehren, als ob diese Dinge ein Geheimniß wären. Das Lied von den welfischen Agenten pfeifen die Spatzen von den Dächern — überall im Inland und im Ausland; wir empfehlen dem „Merkur" die Lectüre eines Artikels, der jüngst in der „Ostseer Zeitung" erschien. Er wird daraus ersehen, wie weit die Kenntniß davon verbreitet ist, daß „welfische Interessen, die Windthorst vollständig absorbiren, ihn zu dem sonst unerklärlichen Festhalten veranlaßten, den er gegen Fürst Bismarck unternommen hat". Kurzum, der „Westfälische Merkur" muß vor seinen Lesern wenig Achtung haben, wenn er den Versuch wagt, ihnen derartige Fälschungen aufzubinden.

* **Auf eine „eigenthümliche Variante"** macht die „Schlesische Zeitung" aufmerksam. Bekanntlich haben die zur Kölner Erzdiöcese gehörenden Studirenden der katholischen Theologie in Würzburg an den Erzbischof Kremenz gelegentlich seiner Inthronisation eine Adresse gerichtet, worin nach der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung" der Passus enthalten war: „Wir wissen es wohl, was es heißt: wir haben wieder einen Bischof, der frei und ungehindert uns führen und leiten kann." Die „Germania", welche von einer solchen Freiheit absolut nichts wissen darf und auch in den neuen Oberhirten nur „einen Bischof mit gebundenen Händen" sieht, reproducirt diese Stelle mit folgender redactionellen Aenderung: „Wir haben wieder einen Bischof, der frei und ungehindert lehren darf." Es geht doch nichts über die ultramontane Geschicklichkeit!

* **Die in Berlin erscheinende „Neue Zeitung",** das Organ der dortigen Nationalliberalen, schreibt in eigener Sache:

Mit Bedauern sehen wir uns genöthigt, den Freunden unseres Blattes das demüthige Eingehen desselben anzuzeigen, nachdem sich mannigfache Versuche, die Möglichkeit seiner Fortexistenz zu schaffen, als erfolglos erwiesen haben. Die „Neue Zeitung" wird nur noch bis zum Schlusse dieses Monats erscheinen. Der Sache, welcher unsere Arbeit unter Aufbietung eines anderen Interesses gewidmet war, wünschen wir ein kräftiges Gedeihen! Allen Freunden, die unser Blatt in der kurzen Zeit seines Bestehens sich erwerben konnte, für thatkräftige Unterstützung, für Ermunterung und Nachsicht unseren aufrichtigsten und herzlichen Dank!

Redaction und Verlag der „Neuen Zeitung".

Wir bedauern das Eingehen des ungemein sorgfältig redigirten und stets schlagfertigen Blattes, welchem wir manche werthvolle Mittheilung aus dem Parteileben in Berlin zu danken hatten.

* **Aus Mecklenburg-Schwerin,** 21. December, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben: „Bekanntlich erregte im vorigen Jahre die Verweigerung des Magistrats zu Rostock, die Vorarbeiten zur Erbauung einer katholischen Kirche in dieser Stadt zu genehmigen, in ganz Deutschland viel Aufsehen und gerechten Unwillen. Zwar stützte der Magistrat dieses Verbot auf eine kurz nach dem dreißigjährigen Kriege erlassene Verordnung, wonach im Interesse des confessionellen Friedens in Rostock keine katholischen Kirchen mehr erbaut werden durften, doch war es selbstverständlich, daß solche Unduldsamkeit durch die Reichsverfassung des Kaiserreiches glücklicherweise beseitigt ist und daß Niemand den Katholiken, wenn sie die nöthigen Geldmittel dazu aufbrächten, verwehren konnte, in beiden Großherzogthümern Mecklenburg und also auch in Rostock so viele katholische Kirchen zu erbauen und zu benutzen, wie sie nur immer wollten. Dieses ungeschickte Verbot des Magistrats soll auch mehr aus nicht ganz unbegründeter Besorgniß, es würden zuletzt die Geldmittel fehlen, um einen begonnenen Bau auch wirklich angemessen zu Ende zu führen, denn aus Abneigung gegen ein wohl etwas ungehöriges Benehmen eines katholischen Pfarrers in der Stadt und gegen das sehr schroff sich zeigende Hervortreten eines mecklenburgischen Convertiten von Adel entstanden sein, als daß man im Ernste daran dachte, es aufrechterhalten zu können, ja auch nur zu wollen, und jetzt ist denn auch die Angelegenheit auf die befriedigendste Weise gelöst. Der Bischof Höting in Osnabrück, zu dessen Sprengel alle in Mecklenburg wohnenden Katholiken gehören, hat unlängst ein bekanntes, günstig in dem „Cröpliner"-Thal gelegenes Vergnügungs-Etablissement Flora auf seinen Namen gekauft, dasselbe soll abgerissen und im nächsten Frühling mit dem Bau einer würdigen katholischen Kirche begonnen werden. Ob dieselbe ein sehr dringendes Bedürfniß ist, dürfte eine andere Frage sein, denn unter den 40,000 Einwohnern von Rostock befinden sich etwa 100 Katholiken, welche in der bisherigen kleinen Capelle hinreichenden Platz fanden. Im Sommer arbeiten viele katholische Oberschlesier auf den Rübenfeldern der Umgegend."

* * *

* **In den Kreisen des Cultus- und Unterrichtsministeriums** in Oesterreich experimentirt man schon seit Jahren an einem unerledigten Problem herum: das geistige Leben Oesterreichs möglichst unabhängig von Deutschland zu gestalten und zu diesem Behufe eine „nur-österreichische" Literatur zu schaffen. Was die vornehmsten Geister in Oesterreich ehedem mit aller Macht erkannten, daß nämlich das geistige Schaffen Deutschösterreichs als ebenbürtiger Theil der Gesammtcultur Deutschlands angesehen werde, soll einer Neuerung weichen; jene schwarzgelben Schranken, deren Ehrfurcht ein Grillparzer, ein Anastasius Grün u. A. so bitter empfanden, die doch gewiß gute Oesterreicher, aber deutsche Dichter waren, sollen wieder aufgerichtet werden. Den Deutschen Oesterreichs soll auch das culturelle Zusammengehörigkeitsgefühl mit Deutschland von Obrigkeits wegen untergegraben werden. Da man die Gesinnungen und die Geister der Gewordenen naturgemäß nicht in den Bann thun kann, so versucht man es, die Geister der Werdenden im nur-österreichischen Sinne zu erziehen. Immer wieder tauchen von klerikaler, wie von officiöser Seite die bekannten Beschuldigungen auf, daß Schule und Beamtenthum in Oesterreich bisher unter nichtösterreichischem und akatholischem Geiste standen, daß der preußisch-protestantische Geist heute noch die ganze historische Auffassung der österreichischen Schuljugend beeinflusse und verwirre. Seit Jahren ersehnen die Klerikalen einen österreichischen „Special-Messias", der diesem „Unwesen" ein Ende mache, und in dem neuen Unterrichtsminister Herrn von Gautsch will man diesen Messias gefunden haben. Bei der Volksschule fängt man an: „Gründlich ausräumen" ist die Parole. Die „Preußenheuchler" soll schon in den Kinderherzen mit allen Wurzeln ausgetilgt werden. Eine förmliche Schulbücher-Fehme wird ins Werk gesetzt. Was ist dieser Fehme bereits zum Opfer gefallen? Die Bücher aus manchem deutschen Verlag, die Hoffmann'schen unschuldigen Erzählungen, ja die Grimm'schen Volksmärchen stehen auf dem Index der verpönten Bücher; nächstens kommen wohl Schiller's und